

Idsteiner Zeitung

und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis

monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 7.

Samstag, den 18. Januar

1919.

Politisches.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 14. Jan. In der vergangenen Nacht machten die Spartakusleute einen Angriff auf die Französischerne in der Blücherstraße, südlich des Halleischen Tores, indem sie von den Dächern Gasbomben auf die Kaserne warfen. Die Mannschaften, die anfangs betäubt wurden, versahen sich mit Gasmasken und säuberten die Gegend, doch gelang es nicht, die Täter zu erwischen. Am Halleischen Tor selbst fand nachts zwischen 12 und 2 Uhr ein Gefecht zwischen Regierungstruppen und Spartakisten statt, die von den Häusern herabschossen. Auch hier sind die Täter entkommen. Am Rollendorfsplatz wurden gegen 10 Uhr abends Handgranaten auf einen einlaufenden Hochbahnzug geworfen. Die Granaten explodierten auf dem Bahnkörper, doch wurden Personen nicht verletzt; ebenso wurde der Untergrundbahnhof Spittelmarkt nachts zwischen 12 und 2 Uhr von Spartakisten eine Stunde lang unter Feuer genommen, so daß die Leipziger Straße gesperrt werden mußte. Der Untergrundbahnverkehr war unterbunden und heute ruht der Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn vollständig, weil die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn in einen Sympathiestreik mit den Eisenbahnern eingetreten sind. (Kölnische Ztg.)

Berlin, 14. Jan. Ein Eisenbahnerstreik, der aus politischen Motiven entsprungen war, ist jetzt (12 Uhr 30 Min. mittags) vorläufig dadurch beigelegt worden, daß die Arbeiter erklärten, sich den Ereignissen beugen und die Regierung anerkennen zu wollen. Die Arbeit wird nachmittags wieder aufgenommen. In der vergangenen Nacht noch wurde ein Angriff auf die Eisenbahndirektion am Potsdamer Platz und Schöneberger Ufer versucht, von den Regierungstruppen aber zurückgeschlagen. (Köln. Ztg.)

Eine Hausfuchung bei Liebknecht.

Berlin, 14. Jan. Diese Nacht hat eine Hausfuchung in der Familie Liebknecht stattgefunden, in deren Verlauf Frau Liebknecht und der jüngere Sohn in ihrer Wohnung in der Bismarckstraße in Steglitz verhaftet worden sind. Kriminalbeamte hatten beobachtet, daß Liebknecht selbst seine Häuslichkeit von Zeit zu Zeit zu besuchen pflegte. Sie lauerten ihm

gestern auf, er erschien auch zu kurzem Besuche, konnte aber nicht gefaßt werden und ist offenbar über die Dächer entflohen. Dagegen wurde in Steglitz noch ein Fräulein Unger verhaftet, eine Schülerin und Freundin der Rosa Luxemburg, welche die Verbindung zwischen der Berliner Bolschewizenzentrale und Lemberg aufrechterhalten hat. Es wurde umfangreiches und belastendes Material gefunden.

Die Landeswahlen in Bayern.

München, 14. Jan. Im Ministerium des Innern lagen heute folgende Ziffern als Ergebnis der Wahlen vor. Es erhielten an Stimmen: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 1 072 011, Sozialdemokratische Partei 919 391, Deutsche demokratische Partei 408 910, Bayerischer Bauernbund 322 022, Nationalliberale 110 025, Unabhängige 75 098, Bund der Unteroffiziere 12 388, Mittelpartei 8 235. Es fehlen noch die Resultate aus einigen Stimmbezirken, doch werden diese an dem Gesamtergebnis nicht mehr viel ändern. Vorbehaltlich kleiner Verschiebungen entfallen auf die einzelnen Parteien an Mandaten: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 59, Sozialdemokratische Partei 50, Deutsche demokratische Partei 22, Bayerischer Bauernbund 17, Nationalliberale 5 und Unabhängige 3.

Die Blockade Deutschlands.

Amerika für die Aufhebung noch vor Friedensschluß.

Nach einem Telegramm des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London wird aus New York vom Montag gemeldet: Das Staatsdepartement hat zu verstehen gegeben, daß seiner Ansicht nach die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland gemildert werden müssen, wenn man von Deutschland Schadenersatzung erlangen wolle. Nach Auffassung des Staatsdepartements würde die Blockade schon vor Unterzeichnung des Friedensvertrages aufgehoben werden können.

Ueber den Frieden.

London, 13. Jan. Die „Times“ schreibt: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben danach, zu ihren

friedensmäßigen Gewohnheiten zurückzukehren und diese Gewohnheiten in allen andern Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Friede wird ein diktiert sein, obgleich die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, die Deutschland, wie es Rumänien gezeigt hat, uns auferlegen wollte. (Köln. Ztg.)

Die Vorschläge für den Völkerbund.

Haag, 11. Jan. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Paris: Bis jetzt sind 40 Vorschläge für die Formulierung des Völkerbundes eingereicht worden. Amerika hat noch keinen endgültigen Vorschlag ausgearbeitet, aber die Delegierten sind damit beschäftigt. Der Pariser Berichterstatter der „New York World“ sagt, dieser amerikanische Vorschlag sei bereits fertiggestellt. Darin werde mitgeteilt, daß es sich hier nicht um Theorie, sondern um Praxis handele. Alle auf der Konferenz vertretenen Mächte werden das Prinzip der Gründung genehmigen. Die Form des Beitritts müsse festgestellt werden, aber es müsse so elastisch sein, daß die Möglichkeit von Änderungen aufrechterhalten bleibe. Außerdem enthalten die Vorschläge folgende vier bestimmten Punkte.

1. Der Beitritt muß endgültig sein und darf später nicht rückgängig gemacht werden. 2. Es wird ein ständiges Schiedsgericht und ein Versöhnungsgerichtshof gebildet. 3. Eine Kommission wird ernannt für die Kodifizierung und Revision des Völkerrechts, besonders zur Beseitigung der alten Präzedenzfälle, die bis jetzt so oft das Völkerrecht beherrschen. 4. Die Unterzeichner verpflichten sich, den endgültigen Entscheidungen des Vollzugsrats des Völkerbundes sich zu unterwerfen.

Auf diesen vier Grundlagen muß dann der weitere Ausbau des Bundes hervorgehen. Von allgemeiner Abrüstung ist nicht sofort beim amerikanischen Vorschlag die Rede, weil man glaubt, daß sie automatisch erfolgen wird. Die gegebenenfalls gewaltsame Durchführung der Entscheidungen und Urteile des Völkerbundes soll im Auftrage des Bundes durch besonders dafür angewiesene Staaten stattfinden, die als Polizeimacht auftreten. Der Gedanke einer internationalen Heeres- und Flottenpolizei wird als undurchführbar aufgegeben. Die Gerichtshöfe sollen ständige Körperschaften sein und

wieder anfangen zu schreiben. So sah sie stundenlang mit dem Kinde auf dem Arm.

Mitternacht war längst vorüber, als sie das Ehepaar heimkommen hörte. Sie war noch immer in den Kleibern und fühlte sich todmüde, da sie die vorige Nacht nur ganz wenig geschlafen hatte. Sie trug deshalb das Kind zu seiner Mutter. Doch diese sagte gähnend: „Ach nein, ich bin furchtbar müde; ich muß jetzt schlafen. Behalten Sie es nur. Wofür hätte ich denn ein Dienstmädchen, wenn ich nicht einmal ungestört schlafen könnte!“

Die ganze Nacht wollte der Kleine nicht ruhig sein. Maria behielt ihn auf dem Arm, dabei nidte sie ein wenig ein. Veinabe wäre er ihr entfallen. Sie nahm sich vor, den kommenden Tag das Haus zu verlassen um jeden Preis. Irgendwo würde sie schon ein Unterkommen finden.

Am Morgen war sie kaum imstande, die viele ihr von der Hausfrau aufgetragene Arbeit zu bewältigen. Sie hatte in diesen beiden Tagen auch nichts rechtliches zu essen bekommen, denn diese Frau verstand vom Kochen ebenso wenig wie von der anderen Arbeit. Da der Hausherr sagen ließ, er werde nicht zum Essen kommen, so gab es heute nur Hering und Kartoffeln. Maria würgte an dem halben Hering herum, den man ihr vorgelegt. Nach dem Essen pflegte Frau Gebring stundenlang zu schlafen. Diese Zeit wollte Maria benützen, sich heimlich aus dem Staube zu machen. Sie legte sich alles zurecht, packte ihre Sachen ein und zog sich an.

(Fortsetzung folgt.)

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„So, so“, höhnte Frau Gebring, „na, ich kann mir schon denken, wo Sie hinwollen, wohl eine Verabredung was?“

Maria wurde dunkelrot vor Zorn, sagte aber nichts. Sie kam sich wie eine Gefangene vor. Vierzehn Tage, es erschien ihr unmöglich, so lange hier auszuhalten. Was aber tun? Wie sollte sie hier fortkommen? Es blieb nichts anderes übrig, als heimlich das Haus zu verlassen. Am Abend dieses Tages, als Maria eben mit dem Aufräumen fertig war, trat die Hausfrau in die kleine Kammer, den Kinderwagen, der kaum Platz hatte in dem engen Raum, vor sich herschiebend, sagte sie leichthin: „Wir gehen aus. Ich weiß noch nicht, wann wir zurückkommen. Sie behalten den Kleinen die Nacht hier. Die Flasche mit der Milch steht am Wagen. Wenn das Kind schreien sollte, geben Sie ihm zu trinken. Es ist sonst ziemlich brav. Die beiden andern schlafen schon. Ich glaube nicht, daß sie erwachen werden. Sie können ja ab und zu nach den Kindern sehen. Gute Nacht!“ Damit wandte sie sich und schritt eilig davon. Maria starrte auf den Kleinen, der die Fäustchen im Munde, mit weit aufgerissenen Augen dalag. Einen Augenblick dachte sie daran, jetzt fortzugehen auf Nimmerwiederkehr. Doch verwarf sie den Gedanken wieder. Das hilflose Wesen durfte man nicht allein lassen. Und dann,

es war bereits neun Uhr, wohin wollte sie jetzt? Nein, nein, nach Hause konnte sie nicht. Sie mußte ja Geld verdienen. Oder sollte sie doch heimgehen und sagen: „Ich will den Felix Ebbhardt nehmen, ich will alles tun, was ihr wollt — nur laßt mich hier bleiben, schickt mich nicht wieder fort! Da draußen ist's fürchterlich!“ Dann hätte alle Sorge und Not ein Ende, der Vater ein ruhiges, schönes, zufriedenes Leben, Hans könnte wieder in der Stadt wohnen. —

Herrgott, Hans! Das hatte sie in den letzten Tagen ganz vergessen, wenn der nun auch noch das Geld zahlen mußte? Schon mehr als eine Woche war vergangen, seit er ihr von seinen Sorgen gesprochen. Der arme Bruder hatte ja niemanden, dem er sich anvertrauen konnte und würde jetzt erst recht nicht wagen, dem Vater etwas zu sagen. Wer würde das Geld schaffen? Vielleicht war es doch möglich, Kritz zu erlangen, oder der Freund zahlte selbst, was er schuldig war. Sie sann und grübelte und kam nicht weiter mit ihren Gedanken.

Darüber fielen ihr die Augen zu.

Plötzlich begann der Kleine mörderisch zu schreien. Sie nahm ihn auf den Arm. Umhertragen konnte sie ihn nicht, dazu war kein Raum. Er schrie immer lauter. Maria, die im ersten Male in ihrem Leben mit solch kleinem Kinde zu tun hatte, wußte sich nicht zu helfen. Sie versuchte, ihm die Milch zu geben, er schrie nur immerzu. Maria war dem weinen nahe.

Endlich wurde er ruhiger. Sie wagte nicht, ihn in sein Bettchen zu legen, aus Angst, er möchte

nicht, wie es beim heutigen Schiedsgerichtshof im Haag der Fall ist, nur für einzelne Fälle ernannt werden.

Aus nah und fern.

Idstein, den 17. Januar 1919

— Ein ehrlicher Finder. Fr. Sch. von hier verlor am 14. d. Mts. vormittags ihre Brieftasche mit 365 M Inhalt auf dem Wege zur Fabrik. Der Sergeant K. des Inf.-Regts. 110 fand diese Brieftasche und machte noch am gleichen Vormittag die Besitzerin ausfindig.

— Die Wahlen zur Nationalversammlung finden also an diesem Sonntage von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Es dürfte sich empfehlen, die Wahl familienweise recht frühzeitig vorzunehmen, um einem Gedränge in den letzten Stunden vorzubeugen. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 x 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag abzugeben. Diese Umschläge erhält der Wähler von einer Person, die der Wahlvorstand am Eingang des Wahllokals aufgestellt hat. Um das Geheime der Wahl zu wahren und von niemand kontrolliert oder beeinflusst zu werden, begibt sich der Wähler sodann in den dazu bestimmten Nebenraum oder an einen abseits stehenden Tisch, steckt den nach seinem politischen Gewissen ausgewählten Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und übergibt den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorstand, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

— Die amtlichen Vorschlagslisten zur deutschen Nationalversammlung sind erschienen. Es sind sieben Listen: 1. Wahlvorschlag Dittmann (Unabhängige), 2. Luppe (Demokratische Partei), 3. Müller-Fulda (Zentrum), 4. Nießer (Deutsche Volkspartei), 5. Scheidemann (Mehrheitssozialisten), 6. Beidt (Deutschnationale Volkspartei), 7. Wagemann. Die Listen 3, 4 und 6 sind miteinander „verbunden“.

— Ein neues Gemeindevahlrecht. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt: Der Gesetzentwurf auf Einführung eines demokratischen Gemeindevahlrechts ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, vom preussischen Ministerium des Innern fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen das Staatsministerium beschäftigen. Der Entwurf sieht für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen in ganz Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts vor. Er hebt die Beschränkungen der Wahlbarkeit von Lehrern und der übrigen Personen auf, denen bisher ein passives Gemeindevahlrecht nicht zustand und beseitigt eine Reihe weiterer Einschränkungen des Wahlrechts. Auch das Hausbesitzerprivileg wird durch den Gesetzentwurf außer Kraft gesetzt. Es besteht, wie wir erfahren die Absicht, die Gemeindevertretungen schon in aller nächster Zeit aufzulösen und die Neuwahlen sofort auf Grund des neuen Wahlgesetzes anzuordnen. Eine ähnliche Reform ist für das Wahlrecht zu den Kreistagen und zu den Provinziallandtagen in Vorbereitung.

Wiesbaden, 14. Jan. Ein schwerer Unglücksfall trug sich am Montag in der Kirchgasse zu, in der Zeit, als gerade das abgelöste französische Wachkommando mit klingendem Spiel die Straße passierte. Ein schweres Lastauto, das in schneller Fahrt daherkam, überfuhr die 9jährige Schülerin Katharina Heiner, Nießstraße 2 wohnhaft, die nicht mehr rechtzeitig genug ausweichen konnte. Mit schweren Beinverletzungen wurde das Kind von der Sanitätswache nach dem städt. Krankenhaus gebracht, wo es bald darauf verstarb.

Wiesbaden, 15. Jan. Am 7. Dezember v. Js. war im hiesigen Schloß ein Massenandrang bei der Verteilung von Stiefeln, die dort aufbewahrt wurden. Trotz des Massenbetriebs fiel es auf, daß der Händler Karl B. aus der Grabenstraße fünf Paar Militärstiefel nach Hause geschleppt hatte. Bei der sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung fanden sich die Stiefel, die er sich widerrechtlich angeeignet, noch alle vor. Wegen Betrugs erhielt B. von den Schöffen eine Geldstrafe von 25 Mark. Die Anklage wegen Diebstahls wurde fallen gelassen, da an dem fraglichen Tage, wie der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kasper, ausführte, tausende von Münderern sich vor dem Schloß eingefunden hatten und es sich um eine Massenpsychose gehandelt habe, der der Einzelne nicht hätte widerstehen können.

Frankfurt, 13. Jan. Am Freitag abend gegen 6 Uhr entfiel in dem Eckhause der Mosel- und Kaiserstraße (nördliche Seite), gegenüber dem „Kaffee Corso“, ein Brand, der in dem mit Warenlagern aller Art gefüllten Gebäude reiche Nahrung fand. Alles Brennbares dürfte vernichtet worden sein.

Weissenau, 15. Jan. Der Barbier Josef M a i von hier kam mit seinem 18jährigen Sohn in Streit. Der letztere ergriff ein Messer und stach

An die Einwohner von Idstein und Umgegend!

Am 19. Januar findet die Wahl zur Nationalversammlung statt. An diesem Tage wird es in Eurer Hand gelegt, wie die künftige Volksvertretung beschaffen sein soll. An Euerem eigenen Leibe habt Ihr bisher erfahren müssen, wie Reaktion und Kapitalismus Eure heiligsten Gefühle in den Staub getreten haben.

Bürger und Bürgerinne

es gibt nur eine politische Partei, die Eure Rechte in einem Geiste vertritt, der Euch völlige Entwicklungsfreiheit für Euch und Eure Kinder verbürgt, das ist die Partei der

Mehrheits-Sozialdemokraten.

Nur diese dürft Ihr wählen!

Sie tritt in erster Linie dafür ein, daß die dringend notwendigsten

Sicherheit und Ruhe im Reich

zurückkehrt und auch fernerhin gesichert bleibt. Wie in Berlin, so wird die jetzige Regierung die spartakistischen Umtriebe auch anderweitig niederzwingen. Nur so kann der

Fortgang des Wirtschaftslebens

gesichert werden, damit Ihr

Arbeit und Brot

habt. Keine notwendige Wirtschaftsgruppe darf in ihrer Entwicklung behindert werden; die dem Volksleben schädlichen Auswüchse müssen jedoch möglichst verschwinden. Die erstrebte

sozialistische Wirtschaftsordnung

kann und darf nur ganz allmählich und organisch erfolgen, so daß Härten unterbleiben. Also

keine Verstaatlichung von Klein- und Mittelbetrieben!

Keine Wegnahme kleinbäuerlicher Ländereien!

Darum Ihr Kleinbauern, Handwerker, Kaufleute usw., laßt Euch nicht irre machen: geht ruhig Euerem Gewerbe nach, Eure Betriebe können ja garnicht vergesellschaftet werden! Hingegen setzt sich die Sozialdemokratie dafür ein, daß Staat und Kirche von einander geschieden werden und zwar nach einem Modus, der beiden Teilen dienlich sein wird.

Insbessondere auch Ihr

Frauen und Mädchen,

die Ihr zum ersten Male zur Urne schreitet, denkt daran, wer seit langen Jahren für Euer Wahlrecht eingetreten ist: einzig und allein

die Sozialdemokratie.

Darum Ihr Wähler und Wählerinnen, nur den Mehrheitssozialisten dürfen Eure Stimmen gehören; entscheidet Euch alle für die Liste, beginnend mit dem Namen

Scheidemann.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei.

auf seinen Vater ein, der schwer verletzt ins Krankenhaus nach Mainz geschafft wurde. Der Zustand des Verletzten ist lebensgefährlich.

Kostheim, 15. Jan. Aus Liebestummer öffnete der kaum 16jährige Wilhelm Bollrath in der Wohnung seiner Eltern den Gashahn und atmete die ausströmenden Dünste ein. Die Mutter fand den Jungen bewußtlos am Boden liegen. Herbeigeholte Hilfe brachte ihn ins Krankenhaus.

Ahmanshausen, 13. Jan. Am Abend des 2. Januar verließ der Küfer Wilhelm Krausbaa seine Arbeitsstätte. Es liegt die Vermutung nahe, daß er bei der Dunkelheit infolge eines Fehltritts in den Rhein gestürzt und ertrunken ist.

Weilerbach, 13. Jan. Seit einiger Zeit verjagt ein Brandstifter die Gemeinde in Aufregung. Auch in vorletzter Nacht versuchte er sein Werk fortzusetzen. Er betrat sich nach dem Krausenhof, wo er versuchte, das Anwesen von Weber in Brand zu setzen. Von Weber verfolgt, schoß er diesem durch die Hand. Der Verletzte begab sich nun nach Weilerbach zum Arzt, um sich verbinden zu lassen. Während dieser Zeit legte der Unhold doch an Webers Haus Feuer, das jedoch bald gelöscht werden konnte. Hierauf ging er in den Ort und zündete das Anwesen von Wilhelm neben dem Schulhaus an. Wenn auch hier das Feuer erst später bemerkt wurde, so gelang es doch durch rasches Zugreifen der Feuerwehr und Hausbewohner, dessen bald Herr zu werden und weiteres Umsichgreifen zu verhindern. Die Aufregung unter der Einwohnerschaft wird begreiflicherweise immer größer.

Köln, 12. Jan. Wie die städtische Verwaltung mitteilt, hat die preussische Regierung den Plan der Stadt Köln, ihre wissenschaftlichen Anstalten zu einer neuartigen Universität auszubauen, genehmigt.

Kopenhagen, 11. Jan. Der Korrespondent der „Morning Post“ drabtet seinem Blatt aus Archangelsk, er habe von einem russischen Fürsten, der dort angekommen sei, erfahren, daß der Zar mit seiner Familie noch am Leben sei und in Rußland verborgen lebe.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Kirche zu Idstein.
Sonntag, den 19. Januar 1919, 2. Sonntag n. Epiphania.
Vormittags 10 Uhr. Lied: 12, 16, 16 Vers 5.
Befan Ernst.
Abends 5 Uhr. Lied: 128, 1-4, 5 und 6.
Pfarrer Moser.

Katholische Kirche zu Idstein.
Sonntag, den 19. Januar.
Morgens 10 Uhr. Hochamt mit Predigt und Segen.
Nachmittags 2 Uhr. Andacht.
Pfarrer Buscher.

Epruch zum Frauenwahlrecht.

Ihr habt die Wahl, die Wahl ist Euch gegeben! Nichtsein und Sein; — Ertrinken oder Leben; — Nein oder Ja; — Zertrümmern oder Bauen! — Ihr habt die Wahl! Ihr habt sie. Wählt, ihr Frau'n!

Frida Schanz.

Die Deutsche demokratische Partei will den freien Bauern auf freiem Boden.

Mehr denn je brauchen wir einen starken Bauernstand. Kein Wirtschaftszweig ist weniger geeignet zur „sozialdemokratischen“ Verstaatlichung.

Der Vorstand d. Deutschen demokratischen Partei Idstein.

Wähler und Wählerinnen!

Wer mit uns

Deutschland vor dem Untergang bewahren,
Brot, Friede und Arbeit sichern,
Religion, Kirche und Kultur dem Volk erhalten,
Recht, Freiheit und Ordnung schaffen,
die Gleichberechtigung aller Volksschichten durchführen,
den Privatbesitz sichern,
durch engen Zusammenschluß des gesamten Bürgertums
jeder Gewaltherrschaft entgegentreten
und für Deutschlands Zukunft
aus den Trümmern der Gegenwart
neues, blühendes Leben erstehen lassen will

der wähle mit uns am Sonntag, den 19. Januar 1919 zur

deutschen National-Versammlung

die Kandidaten der

Deutschen Volkspartei

Geh. Justizrat Dr. J. Nießer, Berlin
Amtsgerichtsrat E. Lieber, Rechtsbeistand der Landwirtschafts-
Kammer, Wiesbaden
Arbeitersekretär Geisler, Frankfurt a. M.
Stadtverordn.-tenvorsitzer Dr. W. F. Kalle, Viehrich 1a. Rh.
Franz Julie Baffermann, Mannheim
Ingenieur Ehr. Banja, Limburg
Stadtverordneter Dr. Herm. Rumpf, Frankfurt a. M.
Stadttrat Heräus, Fabrikant, Hanau a. M.

Stadtverordneter Fr. Behle, Kaufmann und Reichwirt,
Homburg v. d. H.
Schornsteinfegermeister Jean Frank, Frankfurt a. M.
Julie Belbe, Oberlehrerin, Frankfurt a. M.
Kreistierarzt Dr. Jürgen Lüders, Dillenburg
Professor Hans Köppe, Marburg
Landesbibliothekar Dr. Wilh. Hopf, Kassel
Dr. Friedr. Böttcher, Schriftsteller, Mengershausen,
(Waldeck).

Deutsche Volkspartei, Wiesbaden.

Postverkehr.

Gemäß den Anordnungen des kommandierenden Generals der verbündeten Heere werden die Postverbindungen wiederhergestellt und nachstehenden Regeln unterworfen, die nicht durch ungesegelte Vorurteile, sondern durch die Aufrechterhaltung der militärischen und allgemeinen Sicherheit bedingt sind:

1. Postverkehr von oder nach den Ländern der Entente oder den von den verbündeten Heeren besetzten Gebieten:

Der Schriftverkehr ist folgenden Regeln unterworfen:

1. Deutliche lesbare Schrift, soviel wie möglich in lateinischen Buchstaben.
2. Allein zugelassene Sprachen: Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, der elsässische Dialekt und Deutsch; nur Hochdeutsch unter Ausschluss der ländlichen Dialekte ist zugelassen.
3. Adresse des Absenders: Die Briefe müssen auf der Rückseite des Umschlags die volle und lesbare Adresse des Absenders tragen. Jede Zuwiderhandlung gegen diese Verordnungen oder jedes Einschreiben einer falschen Adresse können die Unterbrechung des Briefwechsels nach sich ziehen.
4. Der Gebrauch von gefüllten Briefumschlägen ist untersagt.
5. Auslieferung der Briefe: Die Briefe sind geschlossen von den Absendern in die gewöhnlichen Briefkästen zu werfen.
6. Verbot, Briefschaften zu befördern. Es ist jeder Person, die nicht in Diensten der Post steht, und jedem anderen Transportunternehmen außer der Post, sei es zu Lande, zu Wasser, per Bahn oder in den Lufte streng verboten, sich an der Beförderung von Korrespondenzen zu beteiligen,

— Briefe, Mitteilungen, Postkarten, Bervielfältigungen oder Drucksachen:

- a) für Rechnung eines Dritten, einerlei an welche Adresse;
- b) für eigene Rechnung außerhalb des Postkreises des Ursprungsortes (der Umkreis, der durch das betr. Postamt bedient wird).

Durch die Gendarmerie und alle anderen beauftragten Agenten der verbündeten Polizei werden Untersuchungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen, die notwendig werden, um die Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot festzustellen. Die Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und bis 1000 Franken Geldstrafe bestraft.

II. **Zugelassene Postsendungen.** Vorstehende Verordnung hat nur Bezug auf den Schriftwechsel als solchen; unter dieser Bezeichnung sind zu verstehen alle mit der Hand geschriebenen Privat- oder Geschäftsbriefe, Postpakete, Muster, eingeschriebene oder Wertsendungen, Kataloge oder geschriebene oder gedruckte Preislisten, die für Industrie und den Handel notwendigen, geschriebenen oder gedruckten Rundschreiben oder Briefe.

Vorstehende Verordnung hat keinen Bezug auf Zeitungen jedweder Art (politisch, wirtschaftlich oder finanzieller Natur), Bücher, Monats- oder Wochenhefte, Maueranschläge, Plakate, Zeichnungen, Bekanntmachungen und Kinofilms; der Druck, die Herausgabe, der Verkauf und Tausch der vorgenannten Artikel bleibt einer späteren Regelung vorbehalten. Bis zur Veröffentlichung dieser Verordnung ist die Ein- und Ausfuhr aller Zeitungen, Revuen usw. streng untersagt.

1. Innerhalb der von den franz. Truppen besetzten Rheinlande ist der Schriftwechsel jeder Art gestattet.

2. Zwischen den von den französischen und den verbündeten Truppen besetzten Rheinlanden ist der Schriftverkehr jeder Art gestattet.

3. Zwischen den von den französischen Heeren besetzten Rheinlanden und dem nicht besetzten Deutschland

ist untersagt jeder private Briefverkehr; sind zugelassen industrielle oder geschäftliche Korrespondenz nach beiden Seiten (Kataloge, Preislisten, Rundschreiben, Briefe oder Drucksachen); sind verboten Postpakete; sind zugelassen Muster ohne Wert nach allen Richtungen; sind zugelassen Geld- und Wertsendungen in jeder Form vom nichtbesetzten Gebiet nach dem besetzten Gebiet — in umgekehrter Richtung nicht zulässig.

Immerhin haben die Ausnahmekommissionen in Trier und Straßburg die Befugnis, die Geld- und Wertsendungen von dem linken nach dem rechten Rheinufer zu gestatten, wenn es sich um gesetzlich erlaubte Geschäfte vor der Besetzung handelt. Der hierauf bezügliche Schriftwechsel muß durch die Beteiligten an diese Kommissionen gerichtet werden, die ihn weiterleiten.

Verwaltungsdienstbriefe (deutsche oder nicht-deutsche) sind nach allen Richtungen zugelassen unter der Bedingung, daß sie nichts enthalten, was der Sicherheit und der Stellung der verbündeten Truppen und dem Ansehen schadet, auf das sie wie ihre Regierung Anspruch haben.

4. Zwischen den von den französischen Truppen besetzten Rheinlanden einerseits und den neutralen Ländern (Luxemburg einschließend) andererseits wie vorstehend.

Die Ausnahme-Kommissionen, die später ge-

bildet werden sollen, um den Verkehr zwischen den Rheinländern und den linksrheinischen Nachbarländern zu regeln, werden befugt sein, die Geld- und Wertsendungen von diesen Ländern nach den von französischen Truppen besetzten Rheinländern zu gestatten, wenn es sich um geschäftlich erlaubte Geschäfte handelt, die vor der Besetzung getätigt worden sind. Alle diesbezüglichen Schreiben werden durch die Behörden diesen Kommissionen zugeleitet, sobald die Bildung dieser letzteren dem Publikum bekanntgegeben worden ist. Spätere Anordnungen werden die Richtlinien angeben, die für alle anderen Geld- oder Wertsendungen zu befolgen sind.

5. Zwischen den von den französischen Truppen besetzten Rheinländern einerseits und Elsaß-Lothringen andererseits gelten dieselben Richtlinien wie vorstehend.

6. Zwischen den von den französischen Truppen besetzten Rheinländern einerseits und Frankreich und den verbündeten Staaten andererseits:

Jeder Schriftwechsel ist bis auf weiteres untersagt mit Ausnahme desjenigen für die Soldaten der Entente, die nicht an eine Militärpost angeschlossen sind, und für Zivilisten der Ententeländer, die sich in den besetzten Rheinländern aufhalten. Für den Austausch von geschäftlichem Briefverkehr und für Geld- und Wertsendungen, die in der Zukunft gestattet werden könnten, werden später Verordnungen erlassen werden.

Tritt mit dem Tage der Veröffentlichung durch die zuständige Behörde in Kraft.

Auf Anordnung des Herrn Administrateurs wird vorstehende Bekanntmachung über den Postverkehr veröffentlicht.

Langenscheidt, den 13. Januar 1919.

Der Landrat: von Trotha.

Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Bei dieser am 19. Januar 1919 stattfindenden Wahl soll unsere Stadt einen Stimmbezirk umfassen.

Als Wahlvorsteher ist ernannt der Beigeordnete und Stadthalter Greuling und als dessen Stellvertreter der Magistratschöffe und Stadthalter Barthel.

Als Wahlraum ist nicht die Turnhalle an der Limburgerstraße sondern das hintere Zimmer im 1. Stock des neuen Baugewerkschulgebäudes (oberhalb der Schuldienerwohngänge) bestimmt. Die Wahlhandlung beginnt am genannten Tage Vormittags 9 Uhr und wird um 8 Uhr nachmittags geschlossen.

Dies wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Idstein, den 10. Januar 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Die Wahlen finden am Sonntag, den 26. Januar 1919 statt, und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, soweit sie in Preußen wohnhaft sind — auch die Personen des Soldatenstandes — die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Für diese Wahlen bildet die hiesige Stadt einen Stimmbezirk für sich. Der Wahlvorsteher, sowie dessen Stellvertreter, sowie der Wahlraum bleiben dieselben wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Dies wird hiermit zur Kenntnis gebracht. Idstein, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Grüßen der Herrn Offiziere.

Auf Befehl der Kommandantur sollen auch die Kinder die Herrn Offiziere freundlich grüßen, ohne hierbei die Hände in den Taschen zu haben, was hiermit veröffentlicht wird.

Idstein, den 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Bekanntmachung.

Die Viehstandsverzeichnisse der hiesigen Stadt liegen in der Zeit vom 18. bis einschl. 31. Jan. 1919 zur Einsicht im Rathaus offen.

Idstein, den 15. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Handwerker

39 Jahre, Witwer mit 3 Kindern, 4—10 Jahre alt, wünscht mit einem soliden Mädchen od. Witwe im Alter von 30—40 Jahren bekannt zu werden, zwecks späterer Heirat. Bild erbeten. Offerten unter Nr. 115 an den Berl. ds. Blattes.

Tüchtiger Schneidergeselle

gesucht.

August Kern.

Arbeit und Brot!

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen bevor. Sie entscheiden über die Zukunft des deutschen Volkes und das Wohl und Wehe eines jeden von uns. Alle Verhältnisse sind von Grund auf geändert, ein jeder, sofern er nicht phlegmatisch im alten Gleise trötet, muß daher auch ernstlich seine politische Meinung neu prüfen und bilden.

Der Sozialdemokratie ist bisher die Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft gefolgt. Darf dies auch in Zukunft der Fall sein? Auch auf die Sozialdemokratie hat der Krieg und die Revolution gewaltigen Einfluß ausgeübt. Sie ist in zwei Teile zerfallen, die im heftigen Kampf stehen:

Die „unabhängige Sozialdemokratie“ steht in Berlin unter dem Einfluß der Spartakusleute. Das Maschinengewehr und der Terror sind ihre Kampfmittel. Selbst das sozialdemokratische Parteiorgan, den „Vorwärts“, hatten sie mit brutaler Gewalt unter ihre Botmäßigkeit gezwungen. Einer ihrer Führer, Adolf Hoffmann, hat erklärt, daß die Nationalversammlung auseinander gesprengt werden muß, wenn sie nicht nach seinem Willen ausfällt. Ist das wahre Demokratie? Kein Arbeiter, keine Arbeiterin darf einer solchen Partei die Stimme geben. Wo Gewalt und Unordnung herrscht, gibt es kein Brot, keine Kleidung, keine Kohle, mit einem solchen Lande wird auch kein Friede geschlossen.

Die offizielle Sozialdemokratie ist durch die Revolution zur Regierung gelangt, in ihren Händen liegt seit zwei Monaten die gesamte Staatsgewalt. Das Ergebnis ist überaus traurig: jämmerliche Schwäche und Machtlosigkeit nach außen, vollständige Zerrüttung im Inneren und unverantwortliche Verschwendung und Zerrüttung unseres Nationalvermögens. Der Friede, so traurig er auch ist, hätte zum mindesten unserem Volke Befreiung von der unerträglichen Teuerung, Ersatz für die abgerissenen Kleider und Schuhe und ein warmes Zimmer bringen müssen. Nichts von allem ist der Fall. Das

Gespens des Hungers und der Arbeitslosigkeit

geht im Lande umher, weil die Industrie nicht mehr zu arbeiten vermag. Die sozialistische Regierung selbst muß zugestehen, daß die allgemeine Vergeßlichkeit der Produktion der Ruin der Volkswirtschaft sein würde, daß der Privatunternehmer nicht entbehrt werden kann. Sie gesteht damit den

Bankrott der sozialistischen Lehre

ein. Und was hätte diese „Vergeßlichkeit“ bedeutet! Eine Verewigung und kaum auszudenkende Vergrößerung des im Kriege als ein Notbehelf eingeführten Systems der Reglementierung, der „Karten“ und der Bevormundung durch ein Heer von Beamten mit seiner unendlichen unnützen Mehrbelastung der Hausfrauen. Weiter auch die Vernichtung unserer gesamten Ausfuhrindustrie, ohne die Deutschland, ohne die vor allem unser Bezirk nicht existieren kann.

Auch die offizielle Sozialdemokratie kann daher nicht mehr die Partei des politisch reifen Arbeiters sein. Er kann ebensowenig den rechtsstehenden Parteien, der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei seine Stimme geben, in deren Lagern die alldeutschen Kriegsverlängerer Zuflucht gefunden haben, noch dem Zentrum, das seine Hauptaufgabe in der einseitigen Vertretung katholischer Interessen sieht, die in Wahrheit von niemanden bedroht sind. Die Partei des deutschen Arbeiters kann nur die

Deutsche demokratische Partei

sein. Sie ist die Partei des ganzen Volkes, so weit es ehrlich schafft und arbeitet. Wir wollen Gleichberechtigung aller Volksgenossen ohne Unterschied des Standes, des Geschlechts und des Glaubens; kräftigen Ausbau unserer Sozialpolitik; Erhaltung der Familie dadurch, daß jeder in seinem Einkommen so gestellt wird, daß seine Frau und seine Kinder sorgenfrei davon leben können; gerechte Besteuerung unter starker Heranziehung der großen Vermögen und der Kriegsgewinne und unter Schonung der kinderreichen Familien. Wir wollen keine Bevorzugung einzelner Klassen und kein Cliquenregiment. Wir wollen

Ordnung, Arbeit und Brot.

Der Wahlverein der Deutschen demokratischen Partei.

Wählt zur Nationalversammlung die Liste

Luppe.

Todes-Anzeige.

Gestern Morgen wurde mir mein über alles geliebtes, gutes Kind, mein treuer Bruder, unser guter Onkel, Nefte und Vetter

Fritz Maronde

nach kurzem schweren Leiden im Alter von 14 Jahren nun auch noch genommen.

Idstein, den 17. Januar 1919.

In tiefstem Leide:

Frau Henriette Maronde Wwe., geb. Stiehl

Hans Maronde

Christian Stiehl

Familien Ernst Greuling und Georg Hill.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Bahnhofstraße 19, aus statt.

Fleischverkauf.

Samstag wird verkauft in den Geschäften von Baum, Dambach, Heß, Hoffmann, Reichard, Roos und Schütz:

Fleisch das Pfd. 2.20 M

Wurst „ 1.80 „

Der Verkauf ist wie folgt geregelt:

Buchstabe	M	nachm.	1 Uhr
"	E	"	1 1/2 "
"	T H B W S	"	2 "
"	A B	"	2 1/2 "
"	C D E F	"	3 "
"	G H	"	3 1/2 "
"	I K	"	4 "
"	L M	"	4 1/2 "
"	N O P Q	"	5 "

Haferfloeden

in den Geschäften von Lang, Ott, Dietrich, Recker, Münster, Pfaff, Hüter. Auf Lebensmittelfarte 85 je 2 Pfund. Preis für 1 Pfund 64 Pf.

Idstein, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Freiwillige Versteigerung.

Am Dienstag, den 21. Januar, nachmittags 1 Uhr, versteigere ich gegen bare Zahlung sämtliche Möbel und Haushaltsgegenstände der verstorbenen Wilhelmine Reumann Wwe.

Niederaueroß, den 14. Januar 1919.

Der Pfleger: Wilhelm Kern.

Achtung.

Krankenkasse Unterstützungs-Verein.

Die Herren, welche vor dem Krieg Mitglied waren und es wieder sein wollen, müssen sich bis zum 1. Februar d. J. anmelden bei K. Basing.

Der Vorstand.

Milchversorgung.

Die Ausgabe und Regelung der Milcharten für Kinder und Kranke erfolgt Freitag Abend von 8—9 Uhr im Lehrerzimmer der Realschule.

Ausschuß für Milchversorgung.

Junges Mädchen

vom Lande (Waise) sucht Stelle. Näh. bei Wilhelm Kern, Niederaueroß.